

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Zur Lage

Das Jahr ist zu Ende gegangen, ohne daß der Krieg ausgebrochen ist,

und das ist sein Kennzeichen. Es gibt Leute, die behaupten, wir seien eigentlich bereits über dem Berg, denn wenn die Russen wirklich einen Krieg anfangen wollten, so hätten sie nicht so lange gewartet, bis man sich auf der Gegenseite mit der Aufrüstung vertraut gemacht und diese bereits eingeleitet hatte. Diese Argumentation erscheint nicht unbedingt stichhaltig, abgesehen davon, daß die Verteidigung des Westens vorerst im wesentlichen tatsächlich nur auf dem Papier besteht, oder, wie der Moskauer-Sender es kürzlich ausdrückte: Generäle ohne Armeen. Dann ist aber auch nicht unbedingt gesagt, daß ein Krieg auf alle Fälle von der russischen Seite ausgehen muß; nicht selten begegnet man, mehr oder weniger verstohlen, dem Gedanken, es könnte eventuell von einer andern Seite aus ein Präventivkrieg ins Auge gefaßt werden, um die andauernde Unsicherheit einmal abzuschneiden.

Die Tagung der UNO in Paris

ist ohne greifbares Ergebnis zu Ende gegangen. Auch haben die Verhandlungen, welche am Rande dieser Tagung stattfanden und in der Hauptsache zur Lösung des Konfliktes um Berlin geführt wurden, keinen Erfolg hervorbringen können. Die Zeit war noch nicht reif. In der materiell wohl wichtigsten Frage, welche der UNO vorgelegen hat, nämlich Palästina, scheint die Entwicklung nun einigermaßen selbständige Wege gehen zu wollen, ohne sich weiter groß um die Vermittlungsbemühungen der Nachfolger des Grafen Bernadotte zu kümmern. Abdullah, König von Transjordanien, hat sich nämlich endlich selbständig gemacht und seine Ausrufung zum «Herrscher ganz Palästinas» vollziehen lassen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen, die er inzwischen mit dem Staate Israel eingeleitet hat, zu einem vorläufigen Ziele führen, unter Protest allerdings der übrigen Glieder der «Arabischen Union», die aber ohnehin ein Schemen geblieben ist. Vor dieser Sachlage hält sich England zur Zeit völlig im Hintergrund, was sich gleichsam aus einem Übergangsstadium erklären läßt, welches, nach den unangenehmen Antezedentien, der de facto-Anerkennung des jüdischen Staates vorausgehen muß. Man wird diese Zurückhaltung freilich keineswegs als einen bevorstehenden Rückzug aus dem östlichen Mittelmeer auffassen wollen, es handelt sich nur um einen Übergang zu einer neuen Taktik, indem die englische Position sich in Zukunft dort nicht mehr um Haifa und Alexandrien, sondern um Cypern und Tobruk gruppieren wird. Das ist auch der Grund, weshalb sich wohl ernsthafte Leute in Italien keine Illusionen um die Cyrenaika mehr machen werden.

Der große Bergarbeiterstreik in Frankreich

hat vom 4. Oktober bis zum 29. November gedauert; er erwies sich als ein offenkundiger Mißerfolg für die Streikenden, aber als ein teilweiser Erfolg für die Hintermänner, denen es immerhin gelungen ist, dem geprüften Lande neuen, schweren wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, der es zwingt, einen schönen Teil der Marshallhilfe zur Deckung dieses Schadens abzuzweigen. Alles in allem hat sich aber jedenfalls die von der französischen Regierung befolgte Taktik der «Durchseuchung» als zweckmäßig erwiesen, indem am Ende die Bergarbeiter eben dem Hunger erlegen sind. Man möchte es dem Lande wünschen, daß es bald dem letzten Versuch nach dieser Richtung ausgesetzt sei; denn eine Fortsetzung solcher «Durchseuchungskuren» müßte mit der Zeit auf dem sozialen Felde eine Haßstimmung erzeugen, die weit über das hinausgeht, was man bisher erlebte, und aus der nur sehr schlimme Rückwirkungen hervorgehen könnten. Leider aber sieht es trotzdem auch heute nicht so aus, als ob das Land bald zur Ruhe und zu geregelter Arbeit käme: bereits zeichnet sich eine neue Inflationsbewegung ab, und das Kapital flüchtet wieder in die Goldbarren. So hat der Kommunismus nach wie vor seine Chancen. Nun ist zwar nicht zu erwarten, daß man amerikanischerseits einer solchen weiteren Entwicklung ohne Reaktion zusähe, besonders jetzt nicht, wo binnen kurzem der Kongreß über die nächste Marshallrate Beschluß fassen muß. Schon heute zwar beklagen sich ernsthafte Franzosen bitter darüber, wie sehr sie immer mehr den amerikanischen Instruktionen oder Befehlen unterworfen würden, aber nach Lage der Dinge sieht man vorerst kaum eine andere Lösung als die, daß jemand da ist, der von außen Ordnung macht. Vielleicht erweist es sich am Ende trotzdem einfach als unumgänglich, daß eine Lösung mit de Gaulle gesucht wird. Allein die Perspektiven dieser bedeutungsvollen Variante wären doch nach mancher Richtung höchst unsicher.

Inzwischen ist man eifrig dabei,

aus der Westlichen Union den Atlantikpakt

zusammenzustellen. Der Kreis der voraussichtlichen Teilnehmer ist bereits einigermaßen bestimmt, indem Spanien einstweilen nicht in Frage kommt und von den skandinavischen Ländern Schweden mit Bestimmtheit ausscheidet. Auch Italien bleibt vorerst aus dem Spiel. Es tendiert — interessanterweise — ausgesprochen auf eine Art «neutraler» Mittelstellung, wahrscheinlich im Einverständnis mit den Amerikanern. Für den Atlantikpakt geht es nun im wesentlichen darum, wie weit es gelingen wird, zugunsten Westeuropas eine einigermaßen automatisch wirkende Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten zu statuieren, was angesichts der Bestimmungen der amerikanischen Bundesverfassung nicht ganz einfach ist. Die Lösung dieser Frage hängt für den europäischen Westen zweifellos irgendwie auch mit dem deutschen Problem zusammen, bzw. mit der allgemeinen Parole der Sicherheit, welche nach wie vor von Frankreich energisch vertreten wird, und die von den Benelux-Ländern im wesentlichen übernommen worden ist. Die Westunion soll eben nicht gegen Rußland allein gesichert werden. Inzwischen ist für die militärische Organisation im Rahmen dieser Union eine Lösung getroffen worden, die angesichts der historischen Perspektiven von besonderem Interesse erscheint, hat man doch die Verantwortung für die Verteidigung Westeuropas einem Engländer, dem Feldmarschall Montgomery, übertragen. In Frankreich ist man mit dieser Lösung nicht im geringsten einver-

standen, weil die insulare Abgeschlossenheit Großbritanniens immer daran hindern werde, seine ganze militärische Stärke der Verteidigung des Westens zu widmen, was es ja auch in der Vergangenheit nie getan habe. Das stimmt; aber man wird unschwer den Zusammenhang dieser Entscheidung mit der allgemeinen französischen Position erkennen.

Die deutsche Frage

befindet sich andauernd in der Schwebelage. Zwar wird am Aufbau eines westdeutschen Staates eifrig gearbeitet, wenigstens theoretisch, aber man spürt nach wie vor auf der westlichen Seite das Bestreben, die Dinge gegenüber dem Osten nicht auf die Spitze zu treiben, eine Haltung, die sich auch in Berlin — trotz allem — bemerkbar macht. So kommt es zu keinen wirklichen Lösungen und es ist anzunehmen, daß dies vorerst so bleibt, bis der nächste Versuch unternommen wird, mit dem Osten irgendwie zu einer Bereinigung zu kommen. Möglich, daß dieser Versuch in Verbindung mit den neuen Verhandlungen unternommen werden wird, die zu Anfang 1949 um den Staatsvertrag Österreich in London aufgenommen werden.

Inzwischen hat die besondere Lage des

Fernen Ostens

ein neues Charakteristikum erfahren. Der bereits aufgenommene Eindruck scheint sich zu bestätigen, daß die Vereinigten Staaten auf dem Wege sind, die Position Chinas zwar nicht aufzugeben, aber sie zum Gegenstand einer elastischen Taktik zu machen, die sich angesichts der völlig unzuverlässigen Perspektiven in diesem Raume — besonders auch was die Persönlichkeiten der chinesischen Führung betrifft — geradezu aufdrängt. So geht man denn wohl allmählich darauf aus, dort irgendwie einen Kompromiß mit den Kommunisten zu schließen, während aber andererseits die Position Japans immer mehr zu einem ausgesprochenen Bollwerk gegen den Kommunismus ausgestaltet werden soll. Jedenfalls wird die Region des Fernen Ostens in nächster Zeit immer stärker ins Blickfeld auch der europäischen Öffentlichkeit rücken, nachdem die akute Gefahr für Europa, wie sie in den Augen einer irritierten öffentlichen Meinung allzu lange bestand, vorerst überwunden ist. Zu dieser Entwicklung, welche immer mehr den Fernen Osten in das Blickfeld stellt, trägt nicht wenig auch die neue Lage der Dinge bei, welche nun erneut

in Indonesien

eingetreten ist.

Jann v. Sprecher

Brief aus Italien

Wir möchten nicht so weit gehen wie jene unentwegten Optimisten, die behaupten, Italien habe seinen traditionellen «stellone» (Glücksstern) wiedergefunden, uns aber auch jenen viel zahlreicheren Schwarzsehern nicht anschließen, die sich in düstern Prognosen über sein Schicksal ergen. Wäre dieser Quartalsrapport eine Sonate, so würden wir «allegro, ma non troppo» unter den Titel setzen.

Von einer durchgreifenden Beruhigung in der

Innenpolitik

ist Italien zwar noch weit entfernt. Die sich in Attentaten und politischen Streiken (deren neueste Form die «non collaborazione» ist) am laufenden Bande äußernde Spannung verrät deutlich, daß Togliatti und seine Jünger nach wie vor über einen starken Anhang verfügen. Aber gerade die Tatsache, daß es seit dem (übrigens nur lahm durchgeführten) Generalstreik der Staatsangestellten im Herbst zu keiner den Provinzrahmen übersteigenden Aktion mehr kam, darf doch wohl so interpretiert werden, daß man auf der Linken die Aussichten für den Erfolg von Großoperationen gegenwärtig gering einschätzt, und sich deshalb auf Klein- und Nahkämpfe konzentriert. Übrigens dürfte es auch die kominformtreue Arbeiterschaft auf die Dauer satt bekommen, jede zweite Woche zu mehrstündigen unbezahlten Sympathiestreiks befohlen zu werden. In den kleinern Unternehmungen kümmert sich schon jetzt niemand mehr um diese Aufrufe. Der kommunistisch geleiteten C.G.I.L. (der italienische C.G.T.) ist in den «Sindacati liberi» übrigens eine gefährliche Konkurrenz erwachsen.

Eines der heikelsten sozialen Gegenwartsprobleme, die Anpassung der Staatsangestelltensaläre an das neue Preisniveau, welches vor zwei Monaten der Regierung schweres Kopfzerbrechen verursachte, scheint auf dem Verhandlungswege gelöst zu werden. Daß das Finanzministerium nicht einfach zur Notendruckpresse griff, um sich die hierfür nötigen 41 Milliarden Lire zu beschaffen, darf als erfreuliche Fortsetzung der von Einaudi vor zwei Jahren eingeleiteten gesunden Wirtschaftspolitik gewertet werden.

Ein neuer Zankapfel in der Regierungskoalition ist die Frage der «Regionen». Die neue Verfassung sieht deren 16 mit eigenen Regionalparlamenten vor. Während man deren Vorteile bis zu einem gewissen Grade für die peripheren Gebiete (Sizilien, Sardinien, Val d'Aosta, Südtirol), die bis heute eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt haben, einsehen kann, erscheint uns ihr Nutzen für die zentralen Landesteile sehr gering zu sein, wird dadurch doch der Staatsbürokratismus weiterhin vermehrt. Zudem fühlen sich unsere südlichen Nachbarn politisch als Italiener, und nicht als Lombarden, Piemontesen, Toskaner, so groß die Anhänglichkeit an die engere Heimat auch zu sein pflegt. Eine Reföderalisierung des vor bald 80 Jahren ins Leben gerufenen Einheitsstaates kommt weiten Kreisen als ein unfruchtbarer Anachronismus vor. Ganz besonders ablehnend verhalten sich die Liberalen, während die Kommunisten ihre frühere Gegnerschaft aufgegeben haben, weil sie anscheinend dahinter wahltaktische Vorteile wittern. Die Christlichsozialen sehen umgekehrt in der Schaffung von Regionen ein Gegengewicht gegen die latent immer vorhandene Gefahr einer roten Totalisierung Italiens.

Mehr Aufsehen, vor allem im Auslande, verursachten die kürzlich erfolgten

politischen Reisen De Gasperis

nach Brüssel und Paris, und des Generalstabchefs Marras nach USA. Doch wäre es unrichtig, zu glauben, daß die Mehrheit der Italiener darauf brenne, mit wehendem Fahnen ins Lager der Westunion oder gar des sich entwickelnden Atlantikpaktes zu ziehen, sofern man sie dort überhaupt wünscht. Zweifellos ist Außenminister Graf Sforza ein unbedingter Anhänger der Westorientierung, und in bescheidenerem Maße auch der Ministerpräsident De Gasperi selber, aber eine eigentliche Allianz mit den Westmächten ist nicht nur bei der Linken aller Schattierungen, sondern bis weit ins Bürgertum hinein unpopulär. Dabei dürfte neben der Befürchtung, daß eine solche Geste vom Ostblock als Provokation empfunden werden könnte, auch

die Rücksichtnahme auf die große kominformtreue Minderheit eine Rolle spielen, die ja gleich wie in Frankreich erklärt hat, daß man einen etwaigen Einmarsch der Sowjettruppen und ihrer Satelliten nicht nur nicht verhindern, sondern als «Befreiung» vom kapitalistisch-faschistisch-imperialistischen Joche willkommen heißen würde. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche sieht man auch den Nutzen eines engeren Zusammenschlusses mit dem Westen nicht ein, dessen gegenwärtige militärische Stärke ja alles andere als vertrauenerweckend ist. Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung dürfte neben der als sehr labil taxierten französischen Lage aber vor allem die Enttäuschung sein, welche die Angelsachsen Italien in der Koloniefraße zu bereiten drohen. Daß man in England, das offen als traditioneller Gegner gebrandmarkt wird, nichts anderes erwarten konnte, überraschte niemanden, aber daß die Vereinigten Staaten sich anfänglich ganz auf die englische Linie festlegen ließen, hat tief enttäuscht. Trotz der amerikanischen Schwenkung in elfter Stunde dürfte diese Wunde nicht so bald verheilen.

Man wird wohl nicht fehlgehen, die Reisen De Gasperis und Marras' in erster Linie in Zusammenhang mit der übrigens recht geschickt geführten

Kampagne Italiens um sein Kolonialreich

zu setzen: es ließ nicht von ungefähr gerade in diesen kritischen Tagen durchblicken, daß es mit der Errichtung von angelsächsischen Luft- und Flottenbasen in Nordafrika einverstanden sei, um dadurch in Washington eines der englischen Argumente für das Verbleiben Englands in der Cyrenaika zu entkräften. Ob es Italien gelingt, anläßlich der nächsten Versammlung der UNO im kommenden April mehr zu erreichen als eine neue Verschiebung der Verhandlung des dornenvollen Problems, wird sich zeigen. Daß es speziell in Südamerika über treue Freunde verfügt, haben die Pariser Verhandlungen, und vor allem hat es der Besuch Bramuglias in Rom bewiesen. Von welcher Bedeutung auch die ausgezeichneten Beziehungen Italiens zum Vatikan sind, dürfte sich in dieser Frage in der Folge noch zeigen. Ob es trotz des geringen Enthusiasmus in Italien mit der Zeit aber doch zu einem politischen Kompensationsgeschäft kommen wird (Rückgabe der Kolonien an Italien in irgend einer Form gegen Anschluß an die Westunion oder Atlantikpakt) läßt sich heute nicht beurteilen. Die Möglichkeit bleibt trotz der mehrheitlich ablehnenden Stimmung offen, die in der großen Parlamentsdebatte Ende November zum Ausdruck kam.

Daß De Gasperi ein Staatsmann von Format ist, hat er bei dieser Gelegenheit erneut bewiesen. Togliatti hatte im Foreign Office in jenen Tagen einen für die Regierung gefährlichen Bundesgenossen gefunden. Der Regierungschef bedurfte seines ganzen unübertrefflichen Lavierungsgeschickes, um die Attacke zu parieren. Der Vorfall zeigte übrigens die ganze Tragik, die darin liegt, daß die Labourregierung sich durch ihre Politik die Sympathien der unentwegten Vorkämpfer für die Schaffung einer europäischen Föderation auf dem Kontinent verscherzt, während der Tory Churchill ihr Bundesgenosse wird. Es ist nur zu hoffen, daß die letzte Unterhausrede Bevins auch in Italien ein günstiges Echo findet, denn sonst würde man nolens volens die Vorbedingungen für die

Wiedererweckung des Achsenpaktes

schaffen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Italien eine engere Anlehnung an Frankreich trotz aller Toaste und Lobsprüche bei offiziellen Treffen nicht populär ist (was z. T. auch die Stagnation in der Frage der geplanten Zollunion erklärt), und sowohl dort wie in Deutschland sich die Ansicht breitmacht, daß die Westmächte es an Verständnis oder an gutem Willen oder an beidem für die Lösung der dringenden

Probleme fehlen lassen, die sich aus der besorgniserregenden Übervölkerung beider Länder ergeben, so drängt sich ein gemeinsames Vorgehen mit der Zeit auf. Es gibt ja

nur drei Perspektiven,

die eine friedliche Lösung ermöglichen werden: Massenauswanderung, industrielle Potenzierung, welche die Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes zur Voraussetzung hat, und Geburtenbeschränkung, die in Italien kaum durchzuführen sein wird. Die Ausgangslage für die «Habenichtse» ist dieselbe wie vor 20 Jahren. Gelingt es amerikanischer Weltführung und westeuropäischer Einsicht nicht, dieses Grundproblem auf vernünftige Weise zu lösen, so wird Mitteleuropa in einigen Jahren erneut vor düsteren Entwicklungen stehen.

So große Vorteile der Marshallplan Italien auch bereits gebracht hat, so wird er allein die Lage Italiens doch nicht dauernd sanieren können. Darüber darf auch die

wirtschaftliche Besserung

der Lage Italiens in den letzten Monaten nicht hinwegtäuschen. Die Warenhäuser melden einen seit dem Sommer um mehr als 35 % gestiegenen Umsatz. Finanzminister Vanoni erklärte kürzlich in Mailand, daß der Produktionsindex das Niveau von 1938 um 2 % überschritten habe. Die Außenhandelsumsätze erreichten in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf der Importseite 611 Milliarden Lire (gegen 308 in der gleichen Vorjahrszeit) und auf der Exportseite 372 Mld. (gegenüber 140). Interessehalber sei vermerkt, daß die Schweiz immer noch der zweitgrößte Käufer italienischer Waren ist. Angesichts der ungefähr gleichen Kaufkraft der Lire auf dem Inlandmarkt (Gold und Devisen notieren zwar ca. 10 % höher als vor Jahresfrist) ist diese Besserung beachtlich. Weiter verbessert hat sich auch die Ernährungslage. Der Ausmahlungsprozentsatz konnte von 84 % auf 80 % herabgesetzt werden bei gleichzeitiger kleiner Reduktion des Brotpreises. Die Getreideversorgung des Landes ist bis zur nächsten Ernte gesichert, woraus sich auch die Beibehaltung der erhöhten Teigwarenrationen erklärt. Bei den Lebensmitteln wie auch bei den Treibstoffen hat die fortschreitende Produktionsverbesserung die freien Preise (von schwarzen Preisen kann man nicht mehr reden) den offiziellen fast angeglichen. Dadurch haben die Realeinkommen der Arbeiter den Vorkriegsstand um ca. 10 % überschritten.

Wie sich die Mitte November in Italien erfolgte Aufwertung des englischen Pfundes und aller alliierten Währungen durch Wiederherstellung der Parität von 4,03:1 zum Dollar auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Auf alle Fälle wurde den Transit-Arbitrage-Geschäften aus dem Sterlingraum in die Dollarzone durch die italienische Geschäftswelt dadurch das Lebenslicht ausgeblasen. Im übrigen ist die Maßnahme als offenkundiger Sieg Großbritanniens in dem jahrelangen Währungskonflikt mit Italien anzusehen.

Wenn Italien vom Ausgleich des Staatsbudget auch noch weit entfernt ist, entwickeln sich die Einnahmen doch überraschend erfreulich. Durch eine im Wurfe liegende große Steuerreform und die Herabsetzung einiger übersetzter Steueransätze (so der 4%igen Umsatzsteuer, die vom 1. Januar weg wieder auf 3 % herabgesetzt werden wird) hofft man in Rom auf eine weitere Verbesserung der Finanzlage. Leider hat der Papiergeldumlauf weiterhin steigende Tendenz, wenn auch nicht so intensiv wie letztes Jahr. Die Zunahme betrug im vergangenen Quartal ca. 25 Milliarden Lire, womit der Totalbetrag auf 883 Milliarden Lire angeschwollen ist. Infolge der stark gestiegenen Produktion kommt dieser Summe aber weniger inflatorische Bedeutung zu als in der Vergangenheit.

Falls sich die Großindustrie und der Staat selber nicht in der Unmöglichkeit befänden, die überschüssigen Elemente abzustößen und dadurch endlich den Weg

zu einer gesunden Finanzpolitik freizumachen, könnte man die Lage Italiens am Jahresende als befriedigend ansehen. Bevor aber dieses Problem gelöst wird, ist eine reservierte Beurteilung berechtigt. James Zellerbach, der Bevollmächtigte des E.R.P. für Italien, hielt kürzlich beim B.I.T. in Genf nach Mitteln und Wegen Ausschau, um eines der brennendsten europäischen Probleme einer raschen Lösung entgegenzuführen:

zwei Millionen überzählige Arbeitskräfte

aus Italien auf die Welt zu verteilen, die sie so dringend benötigt. Möge ihm Erfolg winken.

Peregrinus

Brief aus der Türkei

Man schreibt uns aus Ankara:

Obwohl sich in der innenpolitischen Lage im Laufe der letzten Monate keine nennenswerten Veränderungen vollzogen haben, wäre es falsch, aus dieser Tatsache zu folgern, daß die Position des Kabinetts Hasan Saka sich befestigt und die vor etwa zwei Jahren angebahnte Entwicklung zu einer Stabilisierung der Verhältnisse geführt hätte. Die Opposition — nach wie vor so gut wie ausschließlich durch die Demokratische Partei repräsentiert, neben der, wie es scheint, Neugründungen wie die u. a. vom Marschall Fevzi Cakmak unterstützte Nationalpartei keinen Einfluß zu gewinnen vermögen — nützt nach Kräften die im Lande herrschende Unzufriedenheit über die ungeschickte

Innen- und Wirtschaftspolitik

der Regierung aus, ohne jedoch angesichts der parlamentarischen Kräfteverhältnisse in der Lage zu sein, entscheidende Reformen durchzusetzen. Mitte Oktober fanden Nachwahlen in 13 Provinzen statt; da gewisse von den Demokraten gestellte Bedingungen von der Regierung nicht erfüllt wurden, forderte die Leitung der Opposition ihre Anhänger zur Wahlenthaltung auf. Wenn es auch schwer ist, genaue Aussagen zu machen, so scheint jene Parole doch weitgehend befolgt worden zu sein; jedenfalls ging die Wahlbeteiligung im allgemeinen kaum über 20 % hinaus. Als kurz nach der Wahl eine chiffrierte Instruktion des Innenministers bekannt wurde, der zufolge ihm von den örtlichen Behörden die Wahllisten einzureichen seien, aus denen die Namen der Nichtwähler festzustellen waren, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit; es scheint, daß daraufhin von einer Durchführung dieser Maßnahme abgesehen wurde.

Konnte unter den angedeuteten Umständen die Tatsache, daß sämtliche Kandidaten der (regierenden) Volkspartei gewählt wurden, für diese kaum als echter Erfolg gebucht werden, so gilt ähnliches mit Bezug darauf, daß vor kurzem ein Tadelsvotum, das die Demokraten im Parlament wegen der Zuckerpreispolitik der Regierung einbrachten (nebenbei das erste Votum dieser Art seit 20 Jahren), der Ablehnung verfiel, nicht ohne daß übrigens eine Anzahl von Volksparteiabgeordneten in der vorhergehenden Sitzung ihrer Fraktion sich der Stimme enthalten hätte. Wie stark in Wirklichkeit die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist, äußerte sich auch in gewissen Vorkommnissen gelegentlich der

25. Wiederkehr des Republikgründungstags

Ende Oktober. So gab der Vorbeizug der etwa 50 000 Demokraten bei der großen Parade in Istanbul Anlaß zu spontanen, langdauernden Beifallskundgebungen, an denen sich vornehmlich die jüngere Generation beteiligte, während der Zug der Volksparteiler nur mit äußerst spärlichem Beifall bedacht wurde. Optimisten gegenüber muß jedoch immer wieder betont werden, daß die wachsende Opposition der Bevölkerung mehr Zeichen einer negativ-kritischen Einstellung gegenüber der Politik der Regierung ist als positive Zustimmung zu einem Aufbauprogramm der Demokratischen Partei, an dem es in der Tat vorläufig fehlt.

In außenpolitischer Hinsicht

ist namentlich ein Vorfall erwähnenswert, der sich gelegentlich der Feier des Jahrestages der russischen Revolution in der Botschaft der USSR. in Ankara abspielte und der, nachdem er zunächst nur als Gerücht in eingeweihten Kreisen diskutiert worden war, in die Presse Eingang fand und schließlich auch Gegenstand offizieller Beratungen im Schoße der Regierungspartei wurde. Darnach hat der kürzlich neu ernannte russische Botschafter den beim Festbankett anwesenden türkischen Ministerpräsidenten, unter Hinweis auf gewisse geopolitische Gegebenheiten sowie die bis zum letzten Kriege sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Republiken, ermahnt, zur Außenpolitik Atatürks zurückzufinden und sich zugunsten einer stärkeren Anlehnung an Rußland von den angelsächsischen Mächten zu lösen, wobei er besonders darauf hinwies, daß die der Türkei gewährte Militärhilfe der USA. angesichts der gewaltigen Überlegenheit der russischen Streitkräfte nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeute. Obwohl Art und Anlaß dieser — offensichtlich absichtsvoll mit lauter Stimme getanen — Äußerungen ihnen einen nicht-offiziellen Charakter gaben, wollen doch manche aus ihnen, sowie gewissen anderen, in jüngster Zeit zu beobachtenden Akten russischer Regierungsvertreter entnehmen, daß die Sowjets darauf aus sind, die unter dem früheren Botschafter befolgte Politik der Drohungen durch eine geschmeidigere Taktik, die mehr mit Versprechungen und Lockungen arbeitet, zu ersetzen. Daß die Türkei ihre enge Bindung an die Westmächte aufgibt, steht nun freilich kaum zu erwarten; gerade in den letzten Wochen scheint vielmehr die

Kooperation zwischen türkischen und englisch-amerikanischen Militärstellen

eher noch enger geworden zu sein, und bei der großen Parade am 30. Oktober wurde ostentativ Wert darauf gelegt, einiges von dem neuesten amerikanischen Material zu zeigen, das zur Motorisierung der türkischen Armee dient. Dennoch aber ist es nicht ausgeschlossen, daß der Türkei — sofern das ohne Schmälerung ihrer politischen und territorialen Souveränität möglich ist — eine gewisse Konsolidierung ihrer

Beziehungen zu dem großen östlichen Nachbarn

nicht unwillkommen ist, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch ihre Außenpolitik ein größeres Maß an Unabhängigkeit gegenüber dem Westen erlangen und es ihr vielleicht ermöglicht würde, sich aus einem Konflikt der Weltmächte in ähnlicher Weise herauszuhalten, wie ihr das im letzten Kriege gelang.

Was die Haltung des Landes zu den Auseinandersetzungen im Nahen Osten anlangt, so wird zwar formal nach wie vor eine Haltung wohlwollender Neutralität gegenüber der arabischen Liga bewahrt, doch hat deren militärische Schwäche nicht verfehlt, einen nachteiligen Eindruck zu hinterlassen. Damit dürfte es in Zusammenhang stehen, daß die Regierung den sich ständig mehrenden Ansuchen ihrer Staats-

bürger jüdischer Abstammung, ihnen die Genehmigung zur Ausreise nach Israel zu erteilen, kaum Schwierigkeiten in den Weg legt, so daß viele Tausende solcher Personen bereits das Land verlassen haben und weitere — überwiegend jüngere und unbemittelte — im Begriffe stehen, diesem Beispiele zu folgen.

Es wurde oben bereits angedeutet, daß

die Wirtschaftslage,

nicht ohne Schuld der Regierung, sich keineswegs befriedigend entwickelt. Die vor reichlich zwei Jahren vorgenommene starke Abwertung des türkischen Pfundes hat, da die Regierung nichts tat, um die Steigerung der Binnenpreise zu bremsen, ja im Gegenteil diese noch durch gewisse Maßnahmen förderte, keinen nachhaltigen Erfolg gebracht. Schon seit längerem sind die türkischen Exportartikel wiederum zu teuer, die — vorübergehend relativ liberale — Handelspolitik greift in ständig wachsendem Maße zu Einfuhrrestriktionen und eine Budgetpolitik des Aufwandes in Verbindung mit wirtschaftsfeindlichen und unsozialen Steuermaßnahmen hat ungünstige Produktions- und Absatzverhältnisse bei steigenden Lebenshaltungskosten zur Folge.

Bei einem Lande von der Wirtschaftsstruktur der Türkei besitzt der Außenhandel eine entscheidende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Als ungünstig hat namentlich die rückläufige Tendenz der Exporte zu gelten, die bei stabilen oder gar steigenden Importen dazu führte, daß die Außenhandelsbilanz, die 1946 noch mit 270 Mill. TPfd. aktiv war, 1947 mit einem Passivsaldo von 60 und in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres mit einem solchen von fast 300 Mill. TPfd. abschloß; der Ausgleich wurde größtenteils durch eine Realisierung von Goldbeständen ermöglicht, die sich auf diese Weise von 213 auf 142 to verringerten. Daß die Regierung angesichts dieser Lage versucht, mit allen Mitteln die Ausfuhr — namentlich soweit sie «harte» Devisen zu bringen verspricht — zu fördern, ist an sich verständlich, doch zeugen gewisse nach dieser Richtung ergriffene Maßnahmen von einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit. Nachdem vor zwei Jahren voreilig getätigte Weizenexporte im vergangenen Jahre dazu führten, daß für den Inlandsverbrauch nicht genügend Brotgetreide verfügbar war, zeigen sich jetzt entsprechende Erscheinungen bei Eisen, Kohlen usw. Ferner wurde viel kritisiert, daß man für Dinge wie neueste amerikanische Automobile u. dgl. Devisen zur Verfügung stellte, sich aber weigerte, das Zuckerdefizit auf dem Einfuhrwege zu decken und statt dessen eine drastische Preiserhöhung vornahm (bis auf 1,75 TPfd. = 2,60 Sfs. je Kilo).

Zum Teil hatte diese Maßnahme allerdings auch fiskalische Gründe. Infolge des Fehlens einer elastischen, modernen Steuer geraten die türkischen Finanzen in immer stärkeren Widerspruch mit den Ansprüchen, die eine auf Industrialisierung, Hebung des Bildungsniveaus usw. ausgerichtete, sowie angesichts der außenpolitischen Lage zur Aufbringung erheblicher Verteidigungskosten gezwungene Budgetpolitik stellt. Die Haushaltsziffern weisen seit Kriegsende eine starke Steigerungstendenz auf; der Budgetentwurf für das kommende Jahr nähert sich einer Ausgabensumme von 1,5 Mldn. TPfd., und trotz zahlreicher Steuerzuschläge wird ein beträchtliches, nur durch Anleihen zu deckendes Defizit verbleiben. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache ergeben sich

Inflationsbefürchtungen,

die u. a. dazu führten, daß die «schwarzen» Devisenkurse letzthin erheblich gestiegen sind (für den Schweizer Franken z. B. auf reichlich 1 TPfd. gegenüber einem offiziellen Kurs von 0,68 TPfd.).

Es versteht sich nach allem, daß Finanz- und Steuerfragen die Öffentlichkeit in hohem Maße beschäftigen. In der Tat standen sie auch im Mittelpunkt der Be-

ratungen des — auf private Initiative zurückgehenden — Türkischen Wirtschaftskongresses, der Ende November eine Woche lang in Istanbul tagte und an dem über 1000 Delegierte aus allen Teilen des Landes — vornehmlich Kaufleute und Industrielle, aber auch hohe Finanzbeamte, Professoren usw. — teilnahmen. Der Kongreß sprach sich in einer Entschließung für die Beseitigung der produktionshemmenden Umsatzsteuer sowie eine Ersetzung der lückenhaften und unsozialen Gewerbesteuer durch eine allgemeine Einkommensteuer aus, wie sie seit Jahren von der Regierung geplant worden ist, bislang aber im Parlament nicht zur Annahme gebracht werden konnte. Im übrigen wurden auf dem Kongreß Fragen des Außenhandels sowie des staatlichen Interventionismus erörtert. Mit großer Mehrheit votierten die Delegierten dafür, daß

die Staatseingriffe stark zu begrenzen

seien und der Staat sich aus Industrie und Handel zugunsten der Privatinitiative zurückziehen solle.

Diese Haltung des Kongresses erklärt sich daraus, daß die weitgehend systemlos, ökonomisch irrationell und übermäßig bürokratisch betriebene Politik der staatlichen Plan- und Interventionswirtschaft auf vielen Gebieten ein nur mühsam verdecktes Fiasko erlitten hat. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß ihr etwa auf dem Gebiete des Verkehrs zahlreiche Neuerungen und Fortschritte zu verdanken sind, die das Privatkapital kaum in ähnlicher Weise hätte realisieren können. In diesem Zusammenhange sei abschließend erwähnt, daß vor kurzem in Catalagzi die Eröffnung einer — mit englischer Hilfe errichteten — Elektrizitätszentrale mit einer Kapazität von 60 000 Kilowatt erfolgte und daß das von amerikanischen Sachverständigen entworfene Wegebauprogramm, das eine ökonomisch wie strategisch bedeutsame Erweiterung des staatlichen Wegenetzes um rd. 50 % (von etwa 20 000 auf 35 000 km) vorsieht, in Kürze in Angriff genommen werden wird.

Brief aus Washington

Wie stark ist der Kommunismus in den Vereinigten Staaten?

Sind die Amerikaner der Ansicht, die rote Flut schlage bereits gegen ihre eigenen Küsten, und kann man daraus eine Erklärung für die gegenwärtige Außenpolitik der Vereinigten Staaten ableiten? Es ist nicht leicht, objektive Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Vereinigten Staaten haben gegenwärtig eine Bevölkerung von ungefähr 147 000 000 Seelen. Nach kommunistischen Angaben gibt es ca. 70 000 eigentliche Mitglieder der amerikanischen kommunistischen Partei. Das bedeutet, daß weniger als fünf Hundertstelprozent aller Amerikaner geschworene Anhänger dieser marxistischen Partei sind. Dazu kommen die «Mitreisenden». Es ist schwierig, diese zu zählen, weil die Definition dessen, was ein «Mitreisender» ist, sehr stark variiert. Der Reaktionär unterschiebt vielen ehrlichen, demokratischen Fortschrittlichen revolutionäre Motive, während der demokratische Liberale es für gerecht hält, die Bezeichnung «Mitreisender» nur für jene zu verwenden, deren Verbundenheit mit der Parteilinie offensichtlich ist. Nach der Ansicht ihres Korrespondenten, die nichts weiter als eine grobe Schätzung sein kann, gibt es nicht mehr als 100 000 Menschen in den Vereinigten Staaten, die man mit Recht «Mitreisende» nennen kann; vielleicht sind es eher weniger. Ein Blick auf die Ergebnisse der letzten amerikanischen Wahlen ist aufschlußreich. Die höchste Stimmenzahl, welche

die kommunistische Partei je erlangte, war die des Jahres 1932, eines Jahres wirtschaftlicher Zerrüttung, als ihr Präsidentschaftskandidat 102 000 von insgesamt 36 000 000 abgegebenen Stimmen erhielt. (Die Sozialisten erreichten in dieser Wahl ebenfalls ihre höchste Stimmenzahl, nämlich 884 000.) In den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1936 fiel die kommunistische Stimmenzahl auf 80 000, und 1940 verringerte sie sich weiter auf 46 000. 1944 stellten die Kommunisten keinen eigenen Kandidaten auf, sondern stimmten für Präsident Roosevelt, obschon er ihre Unterstützung ablehnte. Bei den diesjährigen Wahlen unterstützten die Kommunisten Henry Wallace, der 1 132 000 Stimmen erhielt. Wie an dieser Stelle schon früher festgestellt wurde, gehörten zu denen, die Wallace unterstützten, fraglos viele, die weder Kommunisten noch «Mitreisende» sind. Deshalb sagt die Stimmenzahl, die Wallace erhielt, gar nichts aus über die Stärke der Kommunisten, weit eher über ihre Schwäche, da es sehr wahrscheinlich ist, daß Wallace eine beträchtlich größere Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte, wenn er die kommunistische Unterstützung abgelehnt und dadurch verhindert hätte, daß sein Name unlösbar mit der extremen Linken verknüpft wurde.

Man sieht auf Grund dieser Erwägungen, daß die zahlenmäßige Stärke des Kommunismus in den Vereinigten Staaten tatsächlich sehr gering ist. Wie steht es nun aber mit dem

Einfluß dieser winzigen Zelle,

die es fertig bringt, einen solchen Lärm zu verführen, der in gar keinem Verhältnis steht zu ihrer Größe? Der kommunistische Erfolg bei der Wahl von Parteimitgliedern, sogar von «Mitreisenden», kann kaum erschreckend genannt werden. Von den 531 Vertretern im amerikanischen Kongreß sind einer oder zwei mit einem gewissen Recht angeklagt worden, dem kommunistischen Standpunkt treu ergeben zu sein. Ähnlichen Mangel an Erfolg hatten die Kommunisten bei der Wahl von Beamten in die verschiedenen Einzelstaatsregierungen; und sogar in der Weltstadt New York, wo die Partei am stärksten ist, sind keine dauernden oder gar revolutionären Erfolge erzielt worden. Es ist viel gesagt und geschrieben worden über die Infiltration von Kommunisten und der von ihnen Gegängelten in den Regierungsapparat. Zweifellos ist etwas daran wahr, aber ebenso zweifellos sind die Tatsachen übertrieben und verdreht worden. Während der Jahre seines Aufenthaltes im Weißen Haus haben Präsident Roosevelts Feinde ihn beschuldigt, Kommunisten nach Washington gebracht zu haben, und es gibt sogar heute noch Gesinnungslumpen, die versuchen, sein Andenken mit diesen schändlichen Angriffen zu beschmutzen. Im großen ganzen ist es Tatsache, daß das amerikanische Beamtentum so loyal und arbeitsam ist wie irgendein anderes. Damit soll nicht bestritten werden, daß eine gewisse Infiltration vielleicht stattgefunden hat. Es wäre fast ein Wunder, wenn es nicht so wäre. Es ist jedoch zu bedauern, daß beim Versuch, ein paar Wenige hinauszulegen, der Ruf von sehr Vielen befleckt worden ist.

Die amerikanische Presse ist fast völlig frei von kommunistischem Einfluß.

Die Kommunisten verfügen über zwei Tageszeitungen, eine in New York und die andere in Kalifornien. Sie geben auch zwei oder drei Wochenblätter heraus und ein Magazin im Taschenformat. Dazu kommt die übliche, stetige Flut von Flugblättern. Als Ganzes betrachtet ist die Verbreitung dieser Organe lächerlich klein. Sie enthalten linientreue Tiraden für die bereits Bekehrten; weiter erreichen sie nichts. Wie in anderen Ländern, haben die Kommunisten auch in den Vereinigten Staaten gewisse Anstrengungen gemacht, die organisierte Arbeiterschaft zu gewinnen. Auf diesem Gebiet haben sie durch angestrenzte Arbeit, straffe Organisation und — man muß das zugeben — durch gelegentliche Entfaltung eines klugen Gewerkschaftsgeistes einige Erfolge erzielt. Den Kommunisten und ihren Mitläufern ist es ge-

lungen, wichtige — und in einigen Fällen beherrschende — Stellungen in einigen unserer größten Gewerkschaften zu besetzen, selbst wenn die große Masse der Mitglieder der Gewerkschaft alles andere eher als Kommunisten sind. Während langer Zeit brachten es einige wenige Kommunisten fertig, strategisch wichtige Stellungen

in der Führerschaft der C.I.O.

(der zweitgrößten Arbeiterorganisation Amerikas) zu halten und so die zielbewußte Tätigkeit dieser Körperschaft zu hintertreiben und den Ruf von Millionen rein demokratischen Mitgliedern zu besudeln. Aber im Moment, da diese Zeilen geschrieben werden, darf mit Sicherheit festgestellt werden, daß der kommunistische Einfluß in den Arbeiterorganisationen wirksam eingedämmt, und wahrscheinlich vollständig vernichtet worden ist. Einige wichtige Gewerkschaften leiden immer noch unter kommunistischer Herrschaft, aber es sind nur wenige; und wenn die gegenwärtige Säuberung anhält, werden auch diese Krebsgeschwüre noch herausoperiert werden.

Es sind Anklagen laut geworden, der Kommunismus schieße

in Hollywood

ins Kraut, aber jeder, der den amerikanischen Filmbetrieb gesehen hat, weiß, daß das nicht richtig ist. Eine unbedeutende Zahl von Filmkünstlern hat in der Tat eine Vorliebe für die politische Linke, aber wenn sie ihre Kunst ausüben, produzieren sie die bekannten, kolossalen Lobgesänge auf die Romantik, das ethische Leben und die Privatwirtschaft. Ähnlich ist die Rolle des Kommunismus

in der amerikanischen Erziehung,

besonders in den Colleges und Universitäten, stark übertrieben worden. Es gibt Leute, die «rot» sehen, wenn die normale, akademische Freiheit den Unterricht in einer Philosophie, die sie ablehnen, einschließt. Ihre Befürchtungen sind völlig grundlos. Die amerikanischen Mittel- und Hochschulen verlassen heute noch mehr Republikaner und Demokraten als irgendwelche andere. Es ist eine Ironie des Schicksals, aber trotzdem die Wahrheit, daß die mächtigste Schranke gegen ein klares Erfassen der Bedeutung des Kommunismus in Amerika von einigen jener Kreise errichtet worden ist, die es sich zur Aufgabe machen, den Kommunismus zu bekämpfen.

In den Vereinigten Staaten ist

das helle Scheinwerferlicht der Publizität

die wirksamste Waffe gegen den Kommunismus. Es ist aber eine Waffe, die überlegtes Handhaben erfordert, und leider findet man sie oft in den Händen von oberflächlichen Politikern, die nur sich selber suchen. Diese Tatsache und die amerikanische Vorliebe für politische und soziale Skandale haben allzu oft groteske Verzerrungen und falsche Deutungen des wahren Bildes zur Folge gehabt. Daß es notwendig ist, die kommunistische Infiltration ganz gründlich zu untersuchen, kann nicht bestritten werden. Wir haben das gute Recht, zu verlangen, daß gegen die Tätigkeit gewöhnlicher Spione die kraftvollsten Anstrengungen gemacht werden. Es ist heute noch zu früh, die Bedeutung dieser Untersuchung in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen. Trotzdem konzentriert sich das Interesse der Hauptstadt auf sie. Nach allem, was bis heute bekannt geworden ist, darf man sagen, daß die Vereinigten Staaten ebenso wenig wie Kanada und andere Länder sich völlig freihalten konnten von Agenten, die einer fremden Macht verpflichtet sind. Trotzdem muß vor der Ansicht gewarnt werden, daß Washington von kommunistischen Spionen wimmle, oder daß der Zusammenbruch drohe als Ergebnis der Bemühungen jener Leute, die den Staat von innen her unterhöhlen.

Der Durchschnittsamerikaner ist ein eingefleischter Antikommunist.

Das ist er aus verschiedenen Gründen. Erstens verabscheuen wir antireligiöse Bekenntnisse und mißtrauen ihnen, obschon wir nicht ein sehr religiöses Volk sind. Zweitens ist die Erinnerung an die Exzesse der bolschewistischen Revolution sehr stark und erfüllt uns mit Abscheu. Diese werden natürlich mit dem Kommunismus in Verbindung gebracht. Drittens sind die Vereinigten Staaten trotz Roosevelts New Deal und der Tendenz nach einer fortschrittlicheren, von der Regierung kontrollierten Form des Kapitalismus immer noch eine Nation mit sehr deutlich kapitalistischer Gesinnung, und das amerikanische Volk verfügt über große Reserven an Individualismus. Der vierte Grund hängt mit der internationalen Nachkriegslage zusammen. Die glänzenden Leistungen der U.S.S.R. während des letzten Krieges erregten ehrliche Begeisterung in den Vereinigten Staaten und erzeugten ein neues und wärmeres Gefühl für Rußland bei den meisten Leuten. Aber

Rußlands gegenwärtige Halsstarrigkeit

in diplomatischen Angelegenheiten, und das offensichtliche Schwinden jeder Hoffnung auf freundschaftliche und nutzbringende Beziehungen zwischen den beiden Ländern hat dieses Gefühl zum Erkalten gebracht und das Feuer antikommunistischer Leidenschaft angefacht.

Aus all diesen Erwägungen dürfte klar hervorgehen, daß die Vereinigten Staaten weder eine Brutstätte des Kommunismus, noch in nächster Zukunft ein fruchtbarer Boden für marxistische Ideen sein werden. Was weit eher möglich ist und von vielen Leuten befürchtet wird, wäre eher ein Abirren der Vereinigten Staaten vom mittleren Weg der fortschrittlichen Demokratie,

ein Beschreiten des reaktionären Weges

in dem Versuch, von der extremen Linken wegzusteuern und sich gegen kommunistische Übergriffe zu schützen. Die Spaltung bei den amerikanischen Liberalen wegen der Mittel und Wege, die einzuschlagen sind, um aus der gegenwärtigen internationalen Sackgasse herauszukommen, kann vielleicht als Warnungssignal dienen. Zu oft wird der Ruf «Kommunist» erhoben, um irgendeinen reaktionären Schritt zu decken. Nur wenn wir die wahren Ausmaße der kommunistischen Drohung begreifen und ihr dann klug, kühl-überlegend und wirksam entgegentreten, werden wir vielleicht den Fallen der extremen Linken und der extremen Rechten ausweichen können.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

«Die Verhältnisse sind heute tatsächlich unbefriedigend» (Bundesrat Kobelt)

Das in der Juninummer 1948 dieser Zeitschrift besprochene Postulat von Nationalrat Bühler, eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen des *Instruktionsoffiziers* herbeizuführen, ist in der Septembersession beantwortet worden. Bundesrat Kobelt umschrieb die gegenwärtige Lage mit der unseren Ausführungen vorangetzten Feststellung. Der Personalmangel ist zahlenmäßig belegt. Es fehlen 28%¹⁾.

¹⁾ In der Praxis ist der Ausfall *noch größer*, da eine Anzahl besoldeter Instruktionsoffiziere, z. B. die Aushebungsoffiziere, nicht mehr bei der Instruktion verwendet werden.

Die Folgen sind bedenklich. Auf der einen Seite die Unmöglichkeit, in den Schulen und Kursen ein Maximum herauszuholen, weil der Mangel an Lehrkräften hindernd im Wege steht, auf der anderen die Überbeanspruchung des verfügbaren Personals. Zur Illustration des erstgenannten Nachteils mögen zwei Beispiele aus allerjüngster Zeit erwähnt werden: Im Hinblick auf die bevorstehende Reorganisation der Leichten Brigaden sind in den kürzlichen W.K. zweckmäßigerweise bereits Umschulungskurse durchgeführt worden. Abgesehen vom Kurskommandanten standen aber für die Umschulung von gegen 400 Mann der Leichten Brigade 3 nur zwei Subalternoffiziere (ein Instruktionsoffizier, ein Instruktionsaspirant) und zwei Instruktionsunteroffiziere zur Verfügung. — Der für die Instruktionsoffiziere seit einigen Jahren herausgegebene wertvolle und gutredigierte Informationsdienst wird «infolge Mangel an Personal und dauernder Überlastung der Instruktionsoffiziere» auf 31. Dezember 1948 aufgehoben. — Schon die Eingabe des Zentralvorstandes der S.O.G. vom 7. Juli 1943 an Bundesrat und General sagte, «die heutige Verwendung der Berufsoffiziere, vor allem der Tüchtigsten unter ihnen», bedeute «in vielen Fällen direkt Raubbau an ihren Kräften». Das ist auch heute noch der Fall, trotzdem wir nicht mehr im Aktivdienst stehen. Allein bei einer Waffe sind uns neun Instruktionsoffiziere bekannt, die im Lauf der letzten zwei Jahre, infolge Überbeanspruchung, an ihrer Gesundheit Schaden litten und einen dringlichen Erholungsurlaub antreten mußten.

Die Forderung einer gründlichen Reform des Instruktorenproblems ist alt, ja man kann ohne Übertreibung von einem Leidensweg dieser Reform sprechen. Seitdem *General Wille* in seinem Bericht über den Aktivdienst mit überzeugender Klarheit auf grundlegende Mängel hingewiesen, haben einzelne weitblickende Offiziere, einsichtige Männer im Parlament und in der Presse und ganz besonders die S.O.G. immer wieder ihre warnende Stimme erhoben. Aber, abgesehen von der fortschrittlichen Neuregelung vom 1. September 1947 hinsichtlich der wirtschaftlichen Besserstellung der Instruktionsaspiranten und der wesentlichen Verkürzung der Probezeit, hat bis heute die grundlegende Verfügung des Bundesrates vom 19. September 1924 über «Militärische Ausbildung und Wahl der Instruktionsoffiziere» in keinem wesentlichen Punkte eine Verbesserung erfahren.

Das Postulat Bühler ist vom Bundesrat entgegengenommen worden und blieb *unbestritten*. Somit hat das Parlament die moralische Verpflichtung, den Bundesrat in der Beschleunigung der Reorganisationspläne zu unterstützen und latente Widerstände der Finanzdelegation zu überwinden. Einzig eine im «Emmentaler Blatt» vom 6. 10. und in der «Appenzeller Zeitung» vom 12. 10. erschienene Korrespondenz bestritt die Notwendigkeit einer finanziellen Besserstellung und glaubte mit einigen unsachlichen und gehässigen Bemerkungen das Problem bagatellisieren zu dürfen. Der Instruktionsoffizier selbst kann sich gegen solche Angriffe nicht zur Wehr setzen, er schweigt und leistet still seine Pflicht, umso mehr müssen aber alle anderen, denen das Schicksal des Instruktionkorps *im Interesse unserer Armee* am Herzen liegt, in die Bresche springen und öffentlich auf die Dringlichkeit der Reform hinweisen.

Gewiß ist das finanzielle Problem bedeutungsvoll; Bundesrat Kobelt sprach in seiner Antwort von der «geringen Besoldung» (N.Z.Z. Nr. 1970). In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß beispielsweise das Salär für Lehrer in wissenschaftlichen Fächern der Töcherschule Zürich bei 25 Pflichtstunden, inkl. Teuerungszulagen rund Fr. 17 000.— beträgt («Gymnasium Helveticum» Nr. 4, S. 170), also 2500 Fr. mehr wie ein Major im vierten Gradjahr, inklusive Orts- und Kinderzulagen. Es ist aber falsch, allein in einer finanziellen Besserstellung die Lösung des Problems zu erblicken. Das Gutachten der S.O.G. von 1943 sagt sogar: «Die finanzielle Seite des Problems ist viel weniger wesentlich als die moralische». — Sobald eine finanzielle Besserstellung erfolgt, muß die Auswahl doppelt sorgfältig durchgeführt werden. Andererseits können bei finanzieller Besserstellung geeignete Elemente eher ermuntert werden, sich zur Verfügung zu stellen.

Neben den übrigen von Bundesrat Kobelt erwähnten erschwerenden Umständen, den Entschluß zur Ergreifung dieses Berufes relativ spät fassen zu können und der Verbindung zwischen militärischem Grad und beruflicher Funktion — gibt es eine Reihe weiterer erschwerender Faktoren, die kurz skizziert werden sollen:

Die eingangs bereits erwähnte *Überbeanspruchung*, die so lange andauern wird, als der Personalbestand große Lücken aufweist.

Die sehr häufige *Abwesenheit von zu Hause*; die bereits erwähnte Eingabe der S.O.G. sagt: «Die unfreiwillige Vernachlässigung der Familie ist eine der schwerwiegendsten Schattenseiten dieses Berufes» und «Dieser Mißstand hat schon zu familiären Zerrüttungen geführt²⁾. Es ist wünschbar, die Bestimmung aufzuheben, wonach Dienst- und Wohnort zusammenfallen müssen, da sie den heutigen Wohnverhältnissen keine Rechnung trägt, eine normale Schulung der Kinder verunmöglicht und für die ganze Familie zahlreiche Härten finanzieller und anderer Natur mit sich bringt. Der Instruktor verliert den so notwendigen Kontakt mit seinen Freunden. Seine Frau muß alle paar Jahre aus dem Kreis der ihr befreundeten Familien wegziehen und braucht oft lange, bis sie sich wieder irgendwo anschließen kann. Gerade sie braucht aber einen Freundeskreis, weil sie so viel allein ist.

Die *Schwierigkeit der sorgfältigen Vorbereitung* für einen neuen Dienst. Meist endet der eine Kurs an einem Samstag und der neue beginnt bereits wieder am Montag.

Die *Unmöglichkeit der systematischen Weiterbildung* und die Furcht vor dem Versinken in militärischer Routine, infolge fehlender Freizeit und Fehlens der inneren Ruhe für die Umstellung auf geistige Arbeit.

Die großen *Möglichkeiten*, in einem *Zivilberuf* erfolgreich zu arbeiten, solange die Hochkonjunktur anhält. In einer Spezialwaffe ist der Instruktorenmangel besonders eklatant, so daß diesen Sommer ernstlich erwogen wurde, hier eine finanzielle Spezialregelung zu treffen, die sich aber der Konsequenzen wegen als unmöglich erwies.

Die *Tatsache*, daß bei Kommandobesetzungen, trotz gleicher militärischer Eignung, öfters dem Milizoffizier gegenüber dem Instruktionsoffizier der *Vorzug gegeben wird*, so daß im Offizierskorps die Ansicht verbreitet ist, als Milizoffizier auf der militärischen Stufenleiter besser Karriere machen zu können, als wenn man seine ganze Zeit und Kraft für die Armee hergibt. Die gelegentlich gerügten Friktionen zwischen Instruktions- und Milizoffizier werden erfahrungsgemäß umso eher zum Verschwinden gebracht, je höher das intellektuelle und moralische Niveau und das berufliche Können des Instruktionsoffiziers ist.

Die *Unkenntnis* der tatsächlichen *Bedeutung* des Berufes und der *Tätigkeit* des Instruktors. Je mehr der Instruktionsoffizier es versteht, im Interesse der Selbstständigkeit der Truppenkader zurückzutreten und seinen ganzen Einfluß mehr hinter den Kulissen auszuüben, umso weniger kann die Bedeutung seiner Tätigkeit von der Masse erkannt werden. Die Eingabe der S.O.G. von 1943 verlangt daher: «Durch gründliche Aufklärung im Rahmen der Berufsberatung ... ganz allgemein auch in der Presse ... ist ... auf die hohe verantwortungsvolle Aufgabe des Berufsoffiziers hinzuweisen». Und ferner: «In den Offiziersschulen ... muß den jungen Leuten der Sinn für die stolze Aufgabe des Berufsoffiziers geweckt werden».

Die *restlos ungenügende Regelung der Pensionierung*. Bei der heutigen Regelung muß weit mehr wie die Hälfte der Instruktionsoffiziere vom 50. Lebensjahre an damit rechnen, während 15 Jahren auf einem nebensächlichen und weniger verantwortungsvollen Posten «beschäftigt» zu werden. Er bleibt somit nicht einfach «stehen», sondern muß gegen das Ende seiner Lebensarbeit hin eine Anzahl Tritte

²⁾ Im laufenden Jahr leistete beispielsweise ein verheirateter Instruktor im Rang eines Stabsoffiziers nur 30 Tage Dienst auf seinem Waffenplatz. Ähnliche Beispiele könnten mit Leichtigkeit aufgezählt werden.

hinuntersteigen. Da er aber den Grad selbstverständlich beibehält und Uniform tragen *muß*, fällt seine Zurücksetzung entsprechend mehr auf, im Gegensatz zu den Tausenden, die im bürgerlichen Leben ganz einfach «stehen bleiben». Dabei hat General Wille schon vor 30 Jahren gesagt: «Soweit es sich dabei um Geldmittel für Pensionierung handelt, ist Sparsamkeit unangebracht».

Die *Unpopularität* des Berufes. Nach Ansicht manches Interessenten ist der Beruf mit zu vielen persönlichen Unannehmlichkeiten verbunden, wie unregelmäßige Arbeitszeit, häufiger Dienst bei Nacht und auch an Sonn- und Feiertagen, Arbeit im Freien bei schlechtester Witterung, Gefahrenmoment bei vielen Übungen, unzusammenhängende und oft verkürzte Ferienzeit in ungünstiger Jahreszeit. Der Beruf ist aber vor allem im *Volk* unpopulär. Es mögen hier noch Erinnerungen an einzelne Instruktionsoffiziere nachwirken, die einer untergeordneten Bildungsschicht entstammten und wenig geeignet waren, das Ansehen des Berufsoffiziers zu heben. Gelegentliche Entgleisungen werden unnötig breitgeschlagen (siehe z. B. «Beobachter», 30. 11. 48) oder stark verallgemeinert. Die kleine Zahl von Berufsoffizieren bringt es mit sich, daß jeder einzelne weitgehend für das Ansehen des ganzen Berufsstandes verantwortlich ist. — Der Instruktionsoffizier gilt in gewissen Kreisen zu Unrecht als «Militarist», und die Bedeutung des Berufes wird leider im allgemeinen noch immer *verkannt*. Daher begegnet auch in mancher Familie ein Sohn, der gerne Berufsoffizier werden möchte, starkem Widerstand, ja selbst in Familien, in denen der Vater Stabsoffizier ist.

Es versteht sich von selbst, daß manche Unannehmlichkeiten des Instruktorenberufes nie zum Verschwinden gebracht werden können, sie werden aber wettgemacht durch die vielen schönen Seiten des Berufes und die überaus dankbare Aufgabe, sobald der Personalmangel behoben ist und der Instruktorenberuf in der Öffentlichkeit das Ansehen und die Achtung genießt, die er mit Fug und Recht beanspruchen kann.

Es ist zu hoffen, daß sich der Chef des E.M.D. eindeutig für das Instruktionsskorps einsetzt und das Parlament von seiner Arbeitsweise, seinem tatsächlichen Können und seiner wirklichen Bedeutung überzeugt. Dann würden auch die Milizoffiziere anders über diesen Beruf urteilen.

In seinem Bericht über seine Geschäftsführung im Jahre 1947 sagt der Bundesrat: «Weitere Schritte im Sinne der notwendigen Reform des Instruktionsskorps bleiben dem Jahr 1948 vorbehalten». Das Jahr 1948 ist zu Ende gegangen, die Reformen sind aber nicht erfolgt. «Promises are never forgotten by those to whom they are made, usually by those who make them». («The portrait of a gentleman» in «Cosmopolitans» von Somerset-Maugham. Tauchnitz-Ausgabe 1936.) Aber auch die Heereseinheitskommandanten — eine Anzahl von ihnen hat ja die Schwierigkeiten am eigenen Leibe erfahren — sollten in ihrem Wirkungskreis die Stellung des Instruktionsskorps noch fester untermauern. Der Möglichkeiten sind viele. Dann werden die Instruktionsoffiziere umso eher mit Passion bestrebt sein, das *Offiziersein vorzuleben*, um der hohen Forderung des Dienstreglementes gerecht zu werden: «Die Instruktionsoffiziere sind im Friedensdienst die wichtigsten Träger soldatischer Überlieferung und militärischer Grundsätze».

Miles